

IK-	KORR	<p>Hrsg.: Insiderkomitee zur Förderung der kritischen Aneignung der Geschichte des MfS Arbeitsgemeinschaft in der GBM e.V.</p> <p>Postfach 790103, 13015 Berlin</p>	5/2004
Insiderkomitee		Dezember	

Jour fixe im November 2004

Noch einmal: Der 15. Januar 1990 und seine Folgen

Die im September begonnene Erörterung des 15. Januar 1990 wurde fortgesetzt. An der lebhaften Debatte beteiligten sich Zeitzeugen des MfS und der Bürgerbewegung, die damals mitten im Geschehen standen: u.a. Werner Großmann, Siegfried Neubert, Wolfgang Schmidt, Reinhard Schult, Wolfgang Schwanitz, Wolfgang Stuchly, Helmut Wagner und Kurt Zeiseweis. Bevor jedoch die Rede auf die Folgen kam, bestand das Bedürfnis, genauer zu ergründen, was es mit dem Eindringen von „Demonstranten“ in den Bereich der Hauptabteilung Spionageabwehr auf sich hatte. Waren es Demonstranten? Oder hatten westliche Dienste ihre Hand im Spiel? Diese Frage drängt sich auf, weil die DDR-Akteure viel eher Interesse an den Räumen der inneren Abwehr oder des Archivs hätten haben müssen. Siegfried Neubert und Helmut Wagner (beide Spionageabwehr) äußerten sich ausführlich. Die westlichen Dienste hatten genügend Möglichkeiten (auch Ortskunde durch einen „Überläufer“), eine gezielte Aktion zu realisieren. Das Eindringen von Demonstranten in den Versorgungstrakt wurde als Rauchvorhang genutzt, um in 27 Arbeitsräume der Spionageabwehr ungestört einzudringen und Material zu entwenden. Das Haus war zum Zeitpunkt der Aktionen fast vollständig von eigenen Mitarbeitern verlassen; die zur Sicherung des Objektes eingesetzten Polizisten verhielten sich passiv und verhinderten nicht das Aufbrechen von Arbeitsräumen und den Abtransport von Material. In später wiederholt versuchten Kontaktgesprächen mit Mitarbeitern der HA Spionageabwehr durch die westlichen Dienste wurde erkennbar, daß entwendetes Material bei ihnen angekommen war. Die Ausführungen Siegfried Neuberts und Helmut Wagners förderten sicherlich keinen „gerichtsfest“ dokumentierbaren Beweis zutage, aber so viele überzeugende Indizien über Ablauf und einzelne Geschehnisse, daß die Mitwirkung westlicher Dienste zwingend angenommen werden darf.

Im übrigen vermittelten die Erinnerungen vor allem den Eindruck chaotischer Abläufe. Die eigene Handlungsfähigkeit der Leitungsorgane des AfNS war längst eingeschränkt. Zu diesem Zeitpunkt waren die Auflösung des Amtes und die Entlassung der Mitarbeiter schon weit fortgeschritten. Die Regierung Modrow zeigte konzeptionelle und praktische Hilflosigkeit. Eine erste deutliche Folge des 15. Januar war, daß das AfNS keinerlei selbständige Rolle mehr spielte. Eine gewisse Ausnahme bildete, wie ein verlesener Beitrag Bernd Fischers anhand von Fakten belegte, die HVA. Zwischen ihr und dem Auflösungskomitee gab es eine gewisse sachliche Kooperation: Bereits am 16. Januar wurden mit dem Bürgerkomitee Modalitäten für den Zugang der Mitarbeiter ins Dienstobjekt aushandelt. Die fortgesetzte Arbeit einer begrenzten Zahl von HVA-Mitarbeitern wurde akzeptiert, um den erforderlichen Schutz und die notwendigen Verbindungen mit den damals noch aktiven Kundschaftern im Operationsgebiet (in der BRD und weltweit) zu ermöglichen. Es ging um den Schutz von Menschen. Zugleich ging es um die Vernichtung von Akten und Unterlagen.

Die noch einige Wochen vordem gehegten Pläne der Regierung, zwei neue und getrennte Dienste aufzubauen - Verfassungsschutz und Auslandsaufklärung - waren gegenstandslos geworden. Seitens der sowjetischen Dienste gab es keine Unterstützung für den bisherigen Partner. Frühere Beteuerungen über monolithische Einheit waren vergessen. Die von Reinhard Schult in Erinnerung gerufene seinerzeitige Vermutung, das MfS würde ein „großes Täuschungsmanöver“ betreiben, wurde angesichts dieser Zusammenhänge als falsch und als bloßer Mißtrauensreflex erkennbar, sicherlich auch als Wirkung von Mythen. Hier kam Eppelmanns Versuch zur Sprache, die Lage anzuhetzen, indem er medienwirksam seine Erfindung (so später zugegeben) verbreitete, das MfS transportierte seine Akten mit einem

Sonderzug nach Rumänien. Das endgültige Ausscheiden des MfS/AfNS offenbarte die grundsätzlich veränderte Sicherheitslage in der DDR; dem Wirken DDR-feindlicher Geheimdienste stand kein Hindernis mehr im Wege.

Abgesehen von den „technischen“ Folgen zeigte der 15. Januar schlaglichtartig, wie die alten Machtverhältnisse völlig erodiert waren. Der weitere Machtverfall wurde forciert, äußere Einflüsse wurden stärker. Die Bürgerbewegung bekam einen Zuwachs an Selbstbewußtsein. Ihr Einfluß auf den weiteren MfS-Auflösungsprozeß verstärkte sich. In diesen Zusammenhang gehört der von Bernd-Rainer Barth gebrachte Hinweis auf den „MfS-Mythos“, mit dem eine „Schieflage“ in den Prozess der kritischen Aufarbeitung kam, möglichst alles auf das MfS - vor allem auf einige Abwehrbereiche - zu fokussieren. Die Bürgerbewegung ließ sich darauf weitgehend fixieren. Das band ihre Kräfte und lenkte sie erheblich von den eigentlichen gesellschaftspolitischen Fragen und von gestaltender Mitwirkung ab. Vermutlich war dies ein Grund für das Debakel des Neuen Forum bei den Volkskammer-Wahlen im März (unter 5 %).

Resümee zum 15. Januar 1990: Keine „Erstürmung einer Festung“, doch das MfS hatte die Herrschaft über seine eigene Zentrale samt Unterlagen verloren. Die schon unaufhaltsame Destabilisierung der Staatsmacht in der DDR beschleunigte sich weiter. Zu einem Blutvergießen, das mit der spektakulären Aktion riskiert wurde, ist es glücklicherweise nicht gekommen. Wenn es etwas zu würdigen gibt, dann, daß auf „beiden Seiten“ Vernunft dies ausschloß.

Außer der Reihe im Dezember 2004:

Eine Diskussion mit Prof. Dr. Andreas Glaeser, Chikago-Universität

Prof. Glaeser, Soziologe, war den Teilnehmern der sehr interessanten Diskussion kein Unbekannter. Er hatte vor längerer Zeit oft als stiller Zuhörer unsere Jour fixe besucht - in der Erwartung, hier Anregung und Material für seine wissenssoziologischen Forschungen über das Selbstverständnis der MfS-Mitarbeiter zu finden. Einigen Teilnehmern war Professor Glaeser durch seine persönlichen Gespräche über dieses Thema vertraut. An diesem Abend gab er nun einen Überblick zum Stand seiner Forschung und der Auswertung dieser Interviews. Die Ergebnisse werden im nächsten Jahr in den USA als Buch publiziert werden. An diesem Abend war es dem Forscher um die Möglichkeit eines feedback gegangen.

Diese Erwartung dürfte erfüllt worden sein. Von einigen der Interviewten wurde als angenehme Erfahrung festgestellt, daß hier nicht vorsätzliche Diskriminierungsabsichten am Werke waren, sondern eine sachliche, für die Analyse des Erfahrenen ergebnisoffene Forschung - und dies nachvollziehbar streng an eine wissenschaftliche Methodologie gebunden. Zur Sprache kamen in kritischer Beleuchtung inhaltlich bestimmte Merkmale des Selbstverständnisses (hier u.a. die Verarbeitung des Krieges, der Antifaschismus sowie das Streben, eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen), generationsspezifische Merkmale sowie methodologische Aspekte. Die systemimmanent bedingten oder begünstigten Verzerrungen wurden ebenso besprochen, wie die von außen wirkenden feindlichen Einflüsse gegen *jedlichen* Versuch, in Deutschland eine nichtkapitalistische Ordnung zu errichten - unabhängig davon, ob unser Verständnis, dies sei bereits Sozialismus, adäquat war. Die Schärfe des Kalten Krieges und die legitim abgewehrten Angriffe von außen blieben ihrerseits nicht ohne verzerrende Wirkungen. Interessant war, was Prof. Glaeser in seinen Interviews mit DDR-Oppositionellen über deren „Stationen“ der Entfremdung und ihre schließliche Abwendung herausgefunden hat, die sie als ehemals „systemnahe“ oder loyale DDR-Bürger zu einer linken oder auch zu einer systemfeindlichen Opposition führte. Eine nicht abgeschlossene Diskussionsfrage war: Hatte die DDR eine Chance zu überleben? Das Januarthema wird dieses Problem gewiß aufgreifen.

Wolfgang Hartmann